Zeitschrift: Akzent : Magazin für Kultur und Gesellschaft

Herausgeber: Pro Senectute Basel-Stadt

Band: - (2015)

Heft: 5: Kinderwelten

Artikel: Im Gespräch mit Silvia Schenker : benachteiligte Kinder haben keine Lobby

Autor: Ryser, Werner

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-843208

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

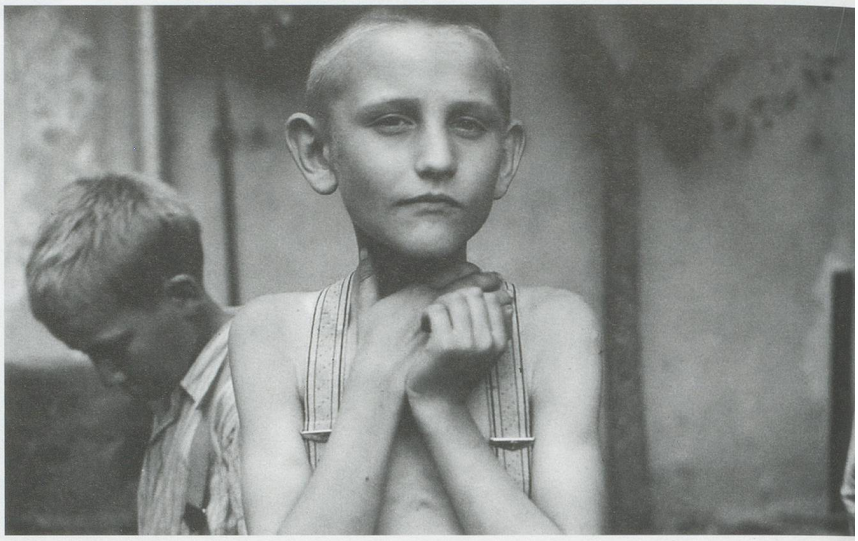
Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Im Gespräch mit Silvia Schenker

Benachteiligte Kinder haben keine Lobby

[wr] Zehn Prozent der Kinder und Jugendlichen, die in den Städten leben, sind armutsbetroffen und wachsen in einem bildungsfernen Milieu auf. Damit ist ihre Entwicklung stark beeinträchtigt. Schlimmer noch: Rund ein Drittel von ihnen bleibt auch später auf Sozialhilfe angewiesen, und ihre Kinder geraten ebenfalls in den Teufelskreis von Armut und schlechter Ausbildung.



Betroffen von schlechten Entwicklungschancen sind vernachlässigte, sozial benachteiligte Minderjährige. Sozialhilfeabhängigkeit, so Silvia Schenker, Sozialarbeiterin und Nationalrätin, sei «vererbbar». Vererbbar in Anführungszeichen, darauf legt sie Wert. Sie weiss, wovon sie spricht. Gerade weil sie beruflich mit der Abklärung von Schutzmassnahmen für Erwachsene zu tun hat. Sie kennt die Schicksale von Menschen, die wie ihre Eltern und Grosseltern in Armut und in bildungsfernen Milieus aufgewachsen sind und deren Kinder oft dasselbe Schicksal zu erleiden. Die Zahlen sind deutlich. In den Städten beträgt die Sozialhilfequote von Minderjährigen durchschnittlich zehn Prozent (zum Vergleich: Lediglich drei Prozent der Gesamtbevölkerung sind unterstützungsbedürftig). Es ist ein Teufelskreis: Kinder, die in prekären Verhältnissen aufwachsen, sind im Erwachsenenalter oft selber armutsgefährdet und überproportional häufig auf Sozialhilfe und die entsprechende fürsorgerische Betreuung angewiesen.

Dazu Silvia Schenker: «Zweifellos wollen die meisten Eltern für ihre Kinder eine bessere Zukunft als sie selber hatten.» Ihnen einfach die Schuld für deren Situation zu geben, fährt sie fort, sei unfair. «Kinderarmut ist Familienarmut», stellt sie fest. Sozial benachteiligte Minderjährige sind die Opfer von Armut und Bildungspolitik. Diese beiden Faktoren bedeuten für eine positive Entwicklung das grösste Risiko.» Tatsächlich weisen zahlreiche Studien im In- und Ausland nach, dass Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern schlechte Chancen haben, zu einer angemessenen Ausbildung zu kommen und es beruflich auf einen grünen Zweig zu bringen. An diesem Punkt des Gesprächs wird die Sozialarbeiterin Silvia Schenker zur Politikerin: Beim schweizerischen Bildungssystem hänge zu vieles von der Herkunftsfamilie ab. Im Vergleich zu den nordischen Ländern hätten wir zu wenige Tagesstrukturen, Kitas usw, vor allem auch im vorschulischen Bereich. Und wörtlich: «Dabei geht es nicht nur um die Vereinbarkeit von Familie und Arbeit, sondern auch um mehr Chancengleichheit, respektive etwas weniger Chancenungleichheit.» Dass sich diesbezüglich wenig ändert, mag auch damit zu tun haben, dass sich im Parlament mit den Kommissionen für soziale Sicherheit und Gesundheit, für Bildung und für Recht, gleich drei Gremien mit Fragen, welche auch sozial benachteiligte Minderjährige betreffen, befassen. Dazu kommt das Kompetenzgerangel zwischen Bund und Kantonen. Das alles führt letztlich dazu, dass eine Gesetzgebung, die zur Verbesserung der Situation führen könnte, sehr hohe Hürden zu überwinden hat. «Wünschenswert wäre es», findet Silvia Schenker, «wenn der Bund Rahmenbedingungen vorgäbe. Das wird gerade jetzt deutlich, wo in einzelnen Kantonen und Gemeinden die Politik der SKOS (Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe) von bürgerlichen Sparpolitikern so heftig angegriffen wird.»

«Ich wünsche, dass meine Eltern mehr Geld haben, weil die nicht so viel Geld haben.»

Luana, 6

Ansätze zu Silvia Schenkers Forderung nach einer besseren Absicherung einkommensschwacher Familien und damit verbunden besserer Startchancen für deren Kinder, gab es immer wieder. Sie waren allerdings nur von wenig Erfolg gekrönt. Walter Schmid, der Direktor der Hochschule für Soziale Arbeit, Luzern und früherer Präsident der SKOS, spricht in seinem bemerkenswerten Referat «Einmal arm immer

arm», im Zusammenhang mit dem Versuch, die Situation solcher Familien mit Ergänzungsleistungen zu verbessern, von einem «über zehnjährigen parlamentarischen Trauerspiel auf Bundesebene».

Trauerspiel? Fehlt es hierzulande tatsächlich am politischen Willen, etwas ernsthaft für Kinder zu tun, die auf der Schattenseite des Lebens aufwachsen müssen? Nimmt man bewusst in Kauf, dass ein grosser Teil von ihnen auch im Erwachsenenalter zu den Armutsbetroffenen gehören wird, was bedeutet, dass sie in vielen Lebensbereichen beeinträchtigt sind: Ernährung, Gesundheit, soziale Netze, Wohnumfeld, Zugang zur Kultur, um nur einige zu nennen?

In der Tat hat die Hintanstellung von sozial benachteiligten Kindern in der Schweiz eine unrühmliche Tradition. Man denke nur an das 1926 gegründete Projekt «Kinder der Landstrasse» der Stiftung Pro Juventute, in dem bis in die frühen 1970er-Jahre Kinder von Fahrenden und Jenischen wegen «Vagantität» (was für ein unsägliches Wort!), mithilfe der örtlichen Vormundschaftsbehörden, den Eltern weggenommen und in Pflegefamilien und Heimen untergebracht wurde. Das Ziel des menschenverachtenden Projektes war es, sie ihren Verhältnissen zu entfremden, um sie der «richtigen» Lebensweise anzupassen, auf dass «nützliche» Mitglieder der Gesellschaft aus ihnen würden. Erst 1987 bequemte sich Pro Juventute zu einer Entschuldigung für das unsägliche Leid, das man den Betroffenen zugefügt hatte. Das Parlament bewilligte schliesslich eine Summe von elf Millionen Franken zur «Wiedergutmachung». Im Einzelfall gab es höchstens 20'000 Franken.

Tatsächlich tut man sich hierzulande schwer, für begangenes Unrecht geradezustehen. Nicht nur die Fahrenden können davon ein Lied singen. Auch Kinder aus verarmten Familien wurden bis weit ins 20. Jahrhundert auf Dorfplätzen auf einer öffentlichen Absteigerung wie Vieh jenen Familien feilgeboten, die für sie das geringste Kostgeld verlangten. Mit etwas Glück kam man dabei zu einem kleinen Nebeneinkommen. Wichtiger war allerdings, dass man für Jahre eine Arbeitskraft erhielt, der man keinen Lohn bezahlen musste. Wie das zu- und herging, ist bei Jeremias Gotthelf nachzulesen: «Man ging herum, betrachtete die Kinder von oben bis unten, die weinend oder verblüfft dastanden, betrachtete ihre Bündelchen und öffnete sie wohl auch und betastete die Kleidchen Stück für Stück, fragte nach, pries an, gerade wie auf einem Markt.» Auf den Höfen wurden die Kinder dann

als Magd oder Verdingbub ausgebeutet, teilweise misshandelt oder sexuell missbraucht. Andere wurden, wie einem Bulletin des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes zu entnehmen ist, «ohne medizinischen Grund in psychiatrische Anstalten gesperrt oder mussten als unfreiwillige Versuchskaninchen für die Pharmaindustrie herhalten. In all den Jahren hat ihr Schicksal nur selten jemanden bewegt und keinerlei offizielle Resonanz gefunden.»

Die Initianten der «Wiedergutmachungsinitiative», die im Dezember 2014 zustande kam, weisen darauf hin, dass in der Schweiz noch heute rund 20'000 Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen und Fremdplatzierungen leben. «Ihre körperliche, psychische oder sexuelle Integrität wurde schwer verletzt. Sie wurden verdingt, versorgt, zwangssterilisiert oder zwangsadoptiert.» Und nein, es war keine politische Partei, welche die Initiative zustande brachte, sondern Betroffene, ehemalige Verdingkinder, welche die Zivilcourage aufbringen mussten, zu sagen: «Auch ich gehöre zu jenen, die gedemütigt, ausgebeutet und sexuell missbraucht wurden.»

«Ich wünsche mir ein Puschelherz aus Plüsch.»

Rebecca, 5

Weshalb nur braucht es so lange, bis sich unser nationales Parlament, auf Druck von aussen, mit diesem Thema befasst, das zu den dunkelsten Kapiteln unserer Geschichte gehört? Das Thema Verdingkinder sei in der Schweiz lange Zeit ähnlich tabuisiert worden wie das Verhalten unseres Landes im Zweiten Weltkrieg oder der Umgang unserer Banken mit jüdischen Vermögen (Holocaust-Gelder), meint dazu Silvia Schenker. «Man hat es verdrängt.»

Inzwischen hat Bundesrätin Sommaruga die inzwischen hochbetagten Opfer behördlicher Willkür offiziell um Entschuldigung gebeten. Auch wurde ein Soforthilfefonds eingerichtet, für jene Verdingkinder, denen eine Ausbildung versagt blieb und die lebenslang unter prekären finanziellen Verhältnissen leben mussten. Vorgesehen sind einmalige Beträge in Höhe zwischen 4000 und 12'000 Franken. Es handle sich dabei nicht um eine Entschädigung, sondern um eine Geste der Solidarität gegenüber Personen, die besonders darauf angewiesen seien, hält das Bundesamt für Justiz fest. Gefordert ist mehr, viel mehr: Nicht nur ein Fonds von 500 Millionen Franken, sondern auch die wissenschaftliche Aufarbeitung des Verdingkinderwesens.

Irgendeinmal wird sich das Parlament mit der Wiedergutmachungsinitiative befassen und sie dem Volk zur Beurteilung vorlegen müssen. Allenfalls wird man sich in Bern auf einen Gegenvorschlag einigen.

«Auch wenn eine Gruppe von sechs SVP-Vertretern, unter ihnen alt Bundesrat Adolf Ogi, dem Unterstützungskomitee beigetreten ist, formiert sich Widerstand gegen die Initiative, vor allem in Kreisen der Volkspartei», sagt Silvia Schenker. «Er stützt sich auf alte Bilder nach dem Motto ‹die Obhut von Kindern ist eine Frage der Eigenverantwortung der Eltern›. Dazu kommen auch finanzpolitische – sprich: sparpolitische Überlegungen.» Man wolle das Geld nicht ausgeben und argumentiere, dass man geschehenes Unrecht mit Geld nicht wiedergutmachen könne. Das sei zwar richtig: «Natürlich ist derart massives Unrecht nie mehr zu korrigieren, aber dass man den Betroffenen wenigstens ein Alter in Würde ermöglicht, damit sie nicht als Bittsteller zur Sozialhilfe müssen, wäre das Wenigste, was man tun müsste.»

Wie viele Jahre hat es gedauert, bis das Leid und das Unrecht, das man in diesem Land so vielen Minderjährigen zugefügt hat, auch für unsere Volksvertreterinnen und -vertreter zum Thema wurde! Für die An-

liegen von Bauern, von Ärzten, von den Banken, von Big Pharma, selbst – wie wir kürzlich erfahren haben – von Kasachstan wird in den Wandelhallen des Bundeshauses eifrig geweibelt. Kinder, die auf der Schattenseite des Lebens aufwachsen müssen, scheinen keine Lobby zu haben.

Silvia Schenker
Nach ihrer Ausbildung zur Sozialarbeiterin arbeitete sie zunächst im Felix Platter-Spital, dann im Sozialdienst der Psychiatrischen Universitätsklinik und seit 2011 in der KESB, der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde Basel. Daneben war und ist sie politisch tätig: Zunächst als Präsidentin des VPOD Basel, später stand sie der SP-Fraktion im Grossen Rat vor und seit 2003 ist sie Mitglied des Nationalrates. Ein wesentliches Thema von Silvia Schenkers Engagement ist – wen wundert's – neben der Asylpolitik die Sozialpolitik.

Quellen
Gotthelf Jeremias, Der Bauernspiegel, Eugen Rentsch Verlag, Zürich 1986
Schweizerischer Evangelischer Kirchenbund, Bulletin 2/2014
Schmid Walter, Einmal arm immer arm?, Referat am Caritas Forum in Bern, 27. Januar 2012
www.wiedergutmachung.ch/home/